

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Rien ne va plus?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1972) : Rien ne va plus?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 10, pp. 506-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134451>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Hans-Jürgen Schmahl

„Konzertierten Aktion“ auch kein Ergebnis erwartet werden. Das ist angesichts der in letzter Zeit eher noch ungünstiger gewordenen Preisentwicklung mißlich. Denn es bekräftigt — soweit zu Unrecht — den Eindruck totaler wirtschaftspolitischer Hilflosigkeit gegenüber dem Phänomen der Unstabilität, der sich ohnehin verbreitet hat. Freilich ist das Ende der Lähmung der Bundesregierung abzusehen. Dabei ist allerdings vorausgesetzt, daß die kommende Bundestagswahl eine handlungsfähige Parlamentsmehrheit hervorbringen wird. Der gegenwärtige Zustand bedeutet also „nur“ Zeitverlust.

Doch auch die Deutsche Bundesbank hat kein überzeugendes Signal zum Angriff auf die treibenden Kräfte der Geldentwertung gesetzt. Sie hat den Diskont nur um ein symbolisches halbes Prozent zu erhöhen gewagt, obwohl sie von der Notwendigkeit eines viel gewichtigeren Schrittes überzeugt ist. Ihre Zurückhaltung erklärt sich allerdings nicht aus der Rücksicht auf Wahlkampfzeiten. Die Bundesbank steht vielmehr schlicht vor der Tatsache, daß jede restriktive Maßnahme der Geldpolitik außenwirtschaftlich unterlaufen zu werden droht. Die bisher ergriffenen Maßnahmen auf Grund des § 23 Außenwirtschaftsgesetz haben keineswegs jenes Maß von „außenwirtschaftlicher Absicherung“ bewirkt, das wieder eine entschlossene binnenwirtschaftlich orientierte Geldpolitik erlauben würde.

Was wir also als erste Voraussetzung für eine erfolgversprechende Bekämpfung der Unstabilität brauchen, ist die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit von Bundesregierung und Bundesbank. Das eine geschieht höchstwahrscheinlich durch die Wahl; aber das andere? Die Bundesbank hat eindeutige Präferenzen für einen weitergehenden Dirigismus. Sie zeigt die „Pragmatikern“ eigene Geringschätzung der Gefahren, die mit der Aushöhlung eines

Prinzips — hier des freien Austausches — verbunden sind. Die „klassische“ Form der außenwirtschaftlichen Absicherung, das Floating, gilt offensichtlich als politisch nicht mehr durchsetzbar.

Unterstellt, beide eben genannten Voraussetzungen würden bald gegeben sein — wie soll dann die Stabilisierungspolitik aussehen? Es geht ja nicht nur um die Verhinderung eines zu starken Aufschwungs. Sie wäre einer handlungsfähigen Regierung zusammen mit einer handlungsfähigen Notenbank wohl möglich. Doch wie bricht man den sogar schon ohne Hochkonjunkturbedingungen herrschenden kräftigen Preisauftrieb? Indem man den Aufschwung nicht nur mäßigt, sondern abwürgt. Selbst dann ist der Erfolg jedoch nicht sicher, und das wird die Abneigung gegen solches Vorgehen mit Recht vergrößern. Es gibt aber auch einen anderen Weg. Es ist der Weg der Einkommenspolitik — „Stabilitätspakt“ des Staates mit den Sozialpartnern oder welches Schlagwort man immer dafür verwenden will. In der Tat, dies ist eine Situation, die am besten durch eine vertrauensvolle Gemeinschaftsaktion zur Reduzierung von Lohn- und Preisanstiegswerten zu meistern wäre.

Indessen darf man die Chancen für eine effiziente Einkommenspolitik sicherlich nicht hoch einschätzen. Es gibt auch einleuchtende — aber eben nicht an stabilitätspolitischen Vorstellungen orientierte — Argumente gegen sie, und das gilt für andere Formen der Stabilisierungspolitik ebenfalls. Aber man muß die Konsequenzen sehen. Wenn dies aus verteilungspolitischen, jenes aus europapolitischen, anderes aus gesellschaftspolitischen und wieder anderes aus „schlechthin politischen“ Gründen nicht gewünscht wird oder nicht möglich erscheint, dann heißt auch die Folgerung für die Stabilität: rien ne va plus. Geht wirklich nichts mehr?

Rien ne va plus?

Niemand kann im Ernst erwarten, daß eine nur noch geschäftsführende Regierung Wirtschaftspolitik machen könnte, jedenfalls keine restriktive. Daher konnte von der jüngsten